



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/53

Hannover, 6. Mai 1949

Warum die SPD für Frankfurt ist

Der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, äusserte sich heute einem Vertreter des "Sozialdemokratischen Pressedienstes" gegenüber zur Frage des vorläufigen Sitzes einer künftigen westdeutschen Bundesregierung.

Frage: Warum sind die Sozialdemokraten für Frankfurt als vorläufigen Sitz der Bundesregierung?

Antwort: Bei der grossen Auseinandersetzung um die Geltung der demokratischen Grundsätze in Europa ist es unmöglich, sich auf die linke Seite des Rheines zurückzuziehen, wenn zur gleichen Zeit der Gedanke der Demokratie offensiv nach Osten vorangetragen werden soll. Die Meinung, eine linksrheinische Stadt zum vorläufigen Bundessitz auswählen zu können, ist völlig apolitisch und hat den peinlichen Beigeschmack parteitaktischer Vorteile und einer provinziellen Vorstellungsweise.

Frage: Was wären die politischen und administrativen Konsequenzen der Wahl einer linksrheinischen Stadt?

Antwort: Bonn kann nicht sämtliche deutschen Stellen, wie Parlament, Regierung und Verwaltung auf der einen, und die alliierten Stellen auf der anderen Seite in seinen Mauern oder seiner Umgebung beherbergen. Die baulichen Vorhaben wären dann so gross und ihre Durchführung so zeitraubend, dass in einer Periode der sich überstürzenden wichtigen politischen Ereignisse die deutschen Interessen und die Interessen der Weltdemokratie stark in den Hintergrund kommen könnten. Nur Frankfurt bietet wenigstens einigermaßen die Aussicht, dieses Problem lösen zu können.

Frage: Was halten Sie von einer Zweiteilung zwischen Frankfurt und Bonn?

Antwort: Eine solche Zweiteilung wäre eine sehr starke Gefährdung der Demokratie in Deutschland. Die politische Führungsschicht würde in Bonn in einem fast luftleeren Raum agieren und die massiven Komplexe der Verwaltung wären in Frankfurt und würden selbständig werden. Die parlamentarische Demokratie darf nicht die praktische Exekutive der viel zu grossen und heute schon viel zu selbständigen Bürokratie überlassen. Der Streit ist durch den Gang der Ereignisse überholt. Die politischen Notwendigkeiten Deutschlands weisen jetzt eindeutig auf Frankfurt. Wir können keine Regierung auf Reisen brauchen.

Haftentschädigung für Naziopfer - Ja oder nein?

(sp) Seit vielen Jahrzehnten wird in der deutschen Rechtspflege der allgemeine Rechtsgrundsatz angewandt, dass für ungerechtfertigte Freiheitsentziehung als Ausgleich eine Entschädigung vom Staat zu gewähren ist.

Um die Durchführung dieses Rechtsgrundsatzes und die Anwendung der bestehenden Gesetze geht es - und um nichts anderes - bei der Diskussion dieses Problems. Es wäre eine nachträgliche Bestätigung der Nazijustizwillkür und ihrer schändlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen das gesunde Rechtsempfinden des deutschen Volkes, wenn die Verfolgungen aus religiösen, rassistischen oder politischen Gründen während der Nazijahre nachträglich zu sozusagen gerechtfertigten Massnahmen erklärt würden. Diesen Menschen, die unter der Willkür der damaligen Machthaber zum Teil jahrelang ungerechtfertigte Freiheitsentziehung neben den unmenschlichsten Folterqualen ertragen mussten, sollte kein anständiger Mensch den Anspruch auf einen gewissen Ausgleich versagen.

Diese Menschen sollte man aber vor allem nicht erneut diffamieren, etwa in der Art, wie es sich kürzlich ein Herr Walter Otto, der Geschäftsstellenleiter der CDU mit Zustimmung Dr. Adenauers erlaubte, indem er in der Sendereihe des NDR "Die Parteien haben das Wort" über das Haftentschädigungsgesetz, das im Landtag von Nordrhein-Westfalen mit Zustimmung aller Parteien verabschiedet wurde, die Frage aufwarf: "Haftentschädigung oder Wohnungsbau?"

Der Wohnungsbau ist nicht durch die Gesamtsumme gefährdet, die an alle Anspruchsberechtigten als Haftentschädigung ausbezahlt sein wird und die insgesamt nicht höher ist als die jährlich aufzubringende Summe zur Befriedigung der Rechtsansprüche der durch die Entnazifizierung in Gruppe 4 und 5 Eingestuften, er ist gefährdet durch die Wirtschaftspolitik, die in Frankfurt seit geraumer Zeit mit entscheidendem Anteil der CDU betrieben wird.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt die Verpflichtung des Staates zur Zahlung einer Haftentschädigung für ungerechtfertigten Freiheitsentzug an und wird sich für die Durchführung einsetzen, ohne den Wohnungsbau oder die allgemeinen sozialen Ausgaben und Leistungen zu gefährden. Sie wird keinesfalls ihre Zustimmung dazu geben, dass die Aufbringung der finanziellen Mittel für den Wohnungsbau auf Kosten irgendeiner unerlässlichen sozialen Leistung erfolgt.

SPD und Flüchtlingsorganisationen

Das Flüchtlingssekretariat beim Vorstand der SPD teilt mit:

Durch die Presse geht eine Nachricht der DENA, wonach die individuelle Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in einer überparteilichen Flüchtlingsorganisation anzusehen ist.

An dieser Mitteilung ist kein wahres Wort. Richtig ist, dass die SPD den sozialistisch organisierten Flüchtlingen die Mitgliedschaft in überparteilichen Flüchtlingsorganisationen ausdrücklich frei stellt.

Flüchtlinge - Bausteine für einen Kirchenstaat?

sp. Die Großindustrie und die nationalistischen Kräfte haben nach 1945 ebenso versucht, sich hinter starken und nach unerschütterten Kräften zu verbergen und von daher einen neuen Vorstoß zu machen, wie die Monarchisten das nach 1918 über die Großindustrie und den Großgrundbesitz unternahmen. Dafür war symptomatisch, daß die Deutsche Kohlenbergbau-Legung vor einiger Zeit führende Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche zu Fragen einer sozialeren Arbeitsorganisation zu Wort kommen ließ. Die Gespräche zwischen anderen großen Wirtschaftsunternehmen und der Kirche sind seitdem nicht mehr abgerissen.

Auf dem Gelände der alten Munitionsanlage Espelkamp bei Lübbecke i.W. hatte das Evangelische Hilfswerk heimatlose alte Menschen und aus Bromberg vertriebene Kinder einquartiert. Die Mittel stammten größtenteils aus der Schwedenhilfe. Vermittelt waren sie durch den schwedischen Pastor Birger Forrell, dessen Sekretärin Frau Illgner, Gattin des damals noch internierten Generaldirektors von IG-Farben, ist. Illgner siedelte nach seiner Entlassung nach Espelkamp über. Seinem Kopf entstammt der Plan, in Espelkamp und in 100 anderen Munitionsanstalten in Deutschland Flüchtlingsstädte mit jeweils mehr als 10 000 Bewohnern zu gründen. Die Großindustrie sollte durch eigene Kredite oder durch Beschaffung von Geldern dafür sorgen, daß die neuen Städte den nötigen industriellen Rückhalt erhalten.

Die Kirche andererseits, und zwar das Evangelische Hilfswerk, sollte das Land und die Gebäude, die man der Großindustrie schon aus Gründen der Konzernentflechtung nicht zur Verfügung stellen würde, vom Staat pachten. Dadurch, so schlug Illgner vor, würde die Kirche als Besitzer von Land und Liegenschaften einen starken Einfluß auf die Auswahl der Siedler und auf die Verfassung und Verwaltung der neuen Städte ausüben. Diese Städte sind als gemeinnützige Stiftungen gedacht. Ein geistliches Kuratorium soll die letzte Entscheidung fällen und aus Vertretern der In- und Auslandskirchen bestehen. Das Kuratorium kontrolliert die Gelder und übt ein Vetorecht aus. Zusagen von ausländischen Landeskirchen liegen bereits vor. Eine Tagung der Ökumene in Hamburg beschäftigte sich schon vor längerer Zeit mit diesem Projekt.

Als erstes wurde der Aufbau von Espelkamp begonnen. Das vollzieht sich unter der Leitung eines Planungsstabes, dessen Angehörige von den Werken bezahlt werden, die sie für diesen Zweck zeitweilig freigestellt haben. Dem Stabe gehören allererste Kräfte an, wie zum Beispiel Chefindgenieur Darenbach vom Stinnes-Mineralölwerk, Chefindgenieur Strackenbrock vom Montanwerk Drümel, Direktor Franz von der IG als Leiter des kaufmännischen Stabes, Architekt Hetschold als Leiter des Städteplaner-Stabes und der Chinadeutsche Führhölzer, als Leiter des Pressestabes, der in erster Linie

im Ausland Interesse zu erwecken und Gelder flüssig zu machen versuchen soll.

Der industrielle Aufbau Espelkamps wird von Derenbach und Strackenbrock bearbeitet. In Verbindung mit der Frankfurter Verwaltung für Wirtschaft sollen nur Engpaß-Industrien aufgebaut werden. Nach Beendigung der Arbeiten in Espelkamp soll der Planungstab zur nächsten Flüchtlingsstadt ziehen, um deren Anlage in seiner Diözese Kardinal Frings von Köln gebeten hat. Die Leitung der wirtschaftlichen Angelegenheiten soll in den Händen eines Wirtschaftsbeirates liegen, bestehend aus Vertretern des Hilfswerks, der Wirtschaft, Flüchtlingsvertretungen und Wohnungsausschüssen. Die Gewerkschaften und die Flüchtlinge der Städte selbst sollen offenbar nicht Sitz und Stimme haben. Der Wirtschaftsbeirat ist als Aufsichtsrat gedacht. Ein weiteres Organ ist der Arbeitsausschuß, bestehend aus dem Wirtschaftsbeirat und Vertretern des Staates unter Vorsitz des Leiters des Wirtschaftsbeirates, so daß der Staat eine höchst untergeordnete Rolle spielt.

Der vorliegende Plan an sich ist ohne Zweifel ein wichtiger Beitrag zur Lösung des Flüchtlingsproblems und könnte sogar erfolgreich sein. Verdächtig wirkt jedoch, daß bisher über diese Dinge so weitgehendes Stillschweigen bewahrt wird, daß schließlich vor allem der Staat und die bestehenden Zusammenschlüsse wie Gewerkschaften, Parteien usw. offenbar nicht berücksichtigt werden.

Es kann nicht die Absicht sein, Pläne, die bei einer Lösung des Flüchtlingsproblems behilflich sein könnten, von vornherein abzulehnen. Die reichlich junge, unerfahrene und ungefestigte deutsche Demokratie aber muß dafür sorgen, daß nicht durch die eine oder die andere Hintertür unkontrollierte Kräfte in Deutschland sich maßgeblichen Einfluß verschaffen. Es könnte auf diesem Wege nur zu leicht ein Staat im Staate geschaffen werden, wobei es gleichgültig ist, ob dieser Kirchenstaat aus mehr oder weniger idealistischen Motiven entsteht. Es scheint notwendig zu sein, daß diese vorliegenden Pläne der Öffentlichkeit zur Diskussion unterbreitet werden. (b/B 95a/1/as) B.

Dr. Löwenthals Gastspiel in der SPD

sp. Von 1926 bis 1947 war Dr. Löwenthal Mitglied der Kommunistischen Partei. Er bekleidete in ihr verschiedene leitende Funktionen, die mit seinem Anwaltsberuf zusammenhingen. Als er 1947 nach langjährigem Aufenthalt aus Rußland nach Berlin zurückkehrte, wurde er Ministerialdirektor bei der Justizverwaltung in der Sowjetzone.

Ende Mai 1947 flüchtete er nach dem Westen und schloß sich der Sozialdemokratie an. Es bestand kein Anlaß, daran zu zweifeln, daß er den Bruch mit der Kommunistischen Partei radikal vollzogen

hatte und so war es für die SPD eine Selbstverständlichkeit, ihm den Übergang zu erleichtern. Sie gab ihm alle Chancen, durch und innerhalb der SPD seine Fähigkeiten wirksam werden zu lassen. Mit einem am 3.5.1949 im "Tagesspiegel" veröffentlichten Artikel hat Dr. Löwenthal das Tisch Tuch zwischen sich und der SPD zerschnitten. Sein Gastspiel in der SPD war also von kurzer Dauer.

Die Sozialdemokratische Partei vereinigt in ihren Reihen demokratische Sozialisten aller Schattierungen: Religiöse Sozialisten und orthodoxe Marxisten, Neu-Kantianer und Alt-Hegelianer, ehemalige Angehörige des JSK und der SAP, ehemalige Kommunisten und Menschen, die aus dem bürgerlich-demokratischen Lager den Weg zur SPD gefunden haben - sie alle wirken an mehr oder minder verantwortlichen Stellen innerhalb der SPD. Wenn sie getragen werden vom Vertrauen der Mitgliedschaft, ist keinem Mitglied der SPD der Weg auch zu den höchsten Parteifunktionen versperrt.

Dr. Löwenthal selbst ist ein Beispiel hierfür. Als es darum ging, die Kandidaten für das Bonner Parlament auszuwählen, hatte man keinerlei Bedenken, dieses so junge Parteimitglied, von dem man annahm, daß es als Jurist nützliche Arbeit in Bonn leisten könne, mit einem Mandat für den Parlamentarischen Rat zu betrauen.

Wie weit man aber auch den Begriff der Toleranz fassen will, irgendwo hat er seine Grenze. Keine demokratische Partei wird es ihren Mitgliedern gestatten, pamphletartige Artikel in parteigegenständlichen Organen zu veröffentlichen. Dr. Löwenthal hat in der Parteausschuss-Sitzung am 20.4.1949 gegen die vorgelegte Resolution gestimmt. Er hat seine Meinung dort, so lange er nur wünschen konnte, vertreten können. Es ist fast überflüssig, zu betonen, daß seine Haltung im Parteausschuß für ihn keinerlei persönliche oder politische Folgen gehabt hätte. Es stand ihm auch danach frei, an die Mitglieder seines Bezirks resp. Ortsvereins zu appellieren und seinen Argumenten - gestützt auf einen Teil der Mitglieder - mehr Gehör zu verschaffen. Nichts davon hat Herr Dr. Löwenthal unternommen.

Er flüchtete mit einem pamphletartigen, von Unrichtigkeiten strotzenden Artikel an die Öffentlichkeit, erklärte, wenn es ihm nicht gelinge, die SPD "von innen heraus" umzubilden, dann werde er die "große, wahrhaft demokratische Partei" zu schaffen wissen. (Zuvor freilich hatte er gehofft, durch den später verleumdeten "Parteiapparat" ein Mandat im künftigen Parlament und einen Sitz im Obersten Bundesgericht zugesichert zu erhalten.)

Der Fall Dr. Löwenthal ist die Tragödie eines Mannes, der über 20 Jahre in der Zwangsjacke einer terroristisch-totalitären Partei gesteckt hat und, als er schließlich die Möglichkeit und Einsicht hatte, sich von dieser Partei zu trennen, das Gleichgewicht verloren hat.

(b/B.115/1/ns)

Der weiß-blaue Separatismus

H.P. München, im Mai 1949

Mit seiner Erklärung, Bayern werde den Bund auch dann anerkennen, wenn die bayerischen Vorschläge im Grundgesetz nicht respektiert werden, hat Ministerpräsident Ehard einige Klarheit in die seit dem letzten Wochenende reichlich verworrene bayerische Situation gebracht. Es besteht kein Anlaß, an der Ehrlichkeit der Ehard'schen Worte zu zweifeln; zweifelhaft ist nur, wie weit Ehard seinen Absichten Geltung verschaffen kann, denn er steht damit im Gegensatz nicht nur zu sehr agilen Kreisen seiner eigenen Partei, sondern auch der Bayernpartei, die neuerdings durch die bayerischen Monarchisten gestärkt werden. Es ist die sogenannte Widerstandsgruppe Zott-Harnier, die auch im Dritten Reich mit den Staatsbehörden in Kollision kam. Es kommt dieser Gruppe momentan nicht darauf an, etwa wieder einen bayerischen Königsthron zu errichten, sondern ihre Aktivität geht dahin zu verhindern, daß Bayern ein Glied in einem geschlossenen Bund wird und dadurch in der Zukunft die Möglichkeit der Inthronisierung der Wittelbacher unmöglich wird. Daß diese Kräfte in der Bayernpartei ihre politische Heimat haben, ist nicht verwunderlich.

Die letzte Entwicklung wurde beschleunigt durch eine Erklärung Dr. Hundhammers, des ultramontanen Exponenten der CSU. Bayern werde, so sagte er, in einem Volksentscheid "Nein" zu Bonn sagen. Das eröffne zwei Möglichkeiten: entweder die Militärgouverneure geben einen Befehl und Bayern gehöre weiterhin zum Bund, oder aber Bayern stelle sich außerhalb des Bundes.

Diese Äußerungen sowie die Verkündung eines "weiß-blauen Heimmattages" am 80. Geburtstag des Kronprinzen Rupprecht am 18. Mai, haben andere CSU-Politiker, an der Spitze Dr. Ehard, auf den Plan gerufen. Er erklärte, die Entscheidungen, vor die Bayern gestellt sei, hätten nichts mit monarchistischen Gefühlsdingen zu tun. Noch schärfer formulierte der Präsident des Bayerischen Landtags, Dr. Michael Horlacher, seine Meinung über Dr. Hundhammer, indem er die Äußerungen als "im höchsten Maße bedauerlich" kennzeichnete und wörtlich fortfuhr: "Dr. Hundhammer würde sich, mit einer solchen Aufforderung außerhalb der Ordnung und der Disziplin der Partei bewegen, der er angehört". Schließlich interessiert in diesem Zusammenhang noch, was Studienrat Köhler, ein Intimus des Parteivorsitzenden Dr. Müller für Schlüsse aus dieser Situation zieht: "Wir sind der Meinung, daß die Bayernpartei und die Leute um Dr. Hundhammer an Vorabend der Errichtung der "Bayerischen Landespartei" stehen."

Eine Meinung scheint aber in der CSU zu bestehen, einen Volksentscheid über das Grundgesetz herbeizuführen. Die politischen Erwägungen gehen dahin, die Verantwortung auf das gesamte Volk

zu legen und andererseits hofft man durch diese Vorstoß, die Länder der französischen Zone, in denen ebenfalls CDU-Mehrheiten vorhanden sind, zu einem ähnlichen Schritt zu veranlassen. Über einen solchen Weg glauben diese Kreise dann, das Grundgesetz zu Fall zu bringen.

Diesen Kräften steht in Bayern als wirklicher Gegner nur die SPD gegenüber. Ihre Verpflichtung, die einzelnen deutschen Glieder zusammenzuhalten, ist damit außerordentlich. Aber sie hat in dieser wirklich politischen Auseinandersetzung mit den partikularistischen Kräften auch eine Chance. Sie wird in dieser Auseinandersetzung dem Volke beweisen können, daß sie aus wirklich patriotischen Gründen handelt.

Aber die partikularistischen Kräfte spielen in ihrer politischen Engherzigkeit auch mit dem Bestand Bayerns an sich. Es ist beinahe eine politische Tatsache, keineswegs aber eine politische Prophezeiung, daß die fränkischen Teile den evtl. Volksentscheid mit einem "Ja" zu Bonn beantworten werden. Damit würden für Bayern selbst politische Konsequenzen entstehen, die heute noch nicht überblickbar sind. Schon melden sich Stimmen aus Franken, die schärfstens gegen diese Nachenschaften in München protestieren und auf solche Gefahren hinweisen.

- - - - -

Die Rolle der "Parteizimmer"

Aus der bolschewistischen Herrschafts-Methodik

Die Sowjets haben ihre Herrschaft über die Massen auf zwei Pfeilern aufgebaut, der Propaganda und der Kontrolle. Die Propaganda ist vor allem Sache der sogenannten "Parteizimmer", einer Einrichtung, die es bei allen mittleren und höheren Parteidienststellen gibt. Sie unterstehen der Abteilung für Propaganda und Agitation beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, dessen Leiter Schepilow schon vor längerem forderte. Die "Parteizimmer" sind die Zentrale der Propaganda. Hier findet die kommunistische Idee ihre gültige Auslegung. Eigene Sprechstunden geben die Möglichkeit, jedem Genossen Rat und Anweisung zu erteilen. In den Parteizimmern angegliederten Seminaren halten die Propagandisten Vorlesungen über ihre Erfahrungen und geben allen, die in der Propaganda eingesetzt sind, die Unterlagen in die Hand, die sie für ihre Arbeit benötigen. Die "Parteizimmer" haben die wichtige Aufgabe, die an sich wenig motorische Natur des Russen immer von neuem anzuregen.

Der Grundgedanke der sowjetischen Kontrolle ist die Konkurrenz. Staat und Partei sind zwar eins in ihrer politischen Ausrichtung und Zielsetzung. Wegen der Konkurrenz hat man sie aber nicht vereinigt, sondern parallel gegliedert. Neben den amtlichen Stellen gibt es immer entsprechende Parteidienststellen. Das ist selbst

keine Säuberung innerhalb der Partei

in der Spitzengliederung so, wo das Politbüro neben dem Ministerrat steht, und nur die wirklich führenden Männer sind in beiden gleichzeitig vertreten. Erhält nun eine staatliche Stelle den Auftrag, zum Beispiel eine Fabrik zu bauen, so ist sie nicht nur allein für die richtige und zeitgerechte Durchführung verantwortlich, sondern auch die Partei muß sich darum kümmern.

Die Leiter der "Parteizimmer" machen jährlich ein zehntägiges Seminar auf ihrem Gebiet mit, wozu Vortragende aus der Moskauer Zentrale verpflichtet werden. Besonderer Wert wird auf die Ausbildung in wirtschaftlichen Dingen gelegt. Denn unter politischer Arbeit versteht der Bolschewist in erster Linie Erfüllung der Wirtschaftspläne und Ausbau des Sozialistischen Wettbewerbs. Jeder Funktionär ist da mit verantwortlich und muß zum Gelingen des grossen Aufbauplans der Sowjetunion beitragen. Das kann er aber nur, wenn er über gewisse Kenntnisse auf diesem Gebiet verfügt. Um die Bedeutung der Führungsarbeit der Funktionäre beurteilen zu können, muß man wissen, daß die Partei bei weitem nicht so groß ist, wie man gemeinhin bei uns annimmt. Sie hat nur sechs Millionen Mitglieder, so daß nur etwa jeder 30. Sowjetbürger eingeschriebenes Mitglied ist, was gleichzeitig besonders treffend die Herrschaft dieser Minderheit über ein so großes Volk charakterisiert. A.W.

USA-Spekulationen um Rußlands Forderungen

sp. Politische Kreise in den USA glauben, daß auf der kommenden Außenministerkonferenz in Paris der sowjetische Außenminister Wischynski wahrscheinlich versuchen wird, das politische Programm durchzusetzen, das im Juni vorigen Jahres in Warschau festgelegt worden war, als die Außenminister der russischen Satelliten-Staaten unter dem Vorsitz Molotows zusammentraten. Dieses Programm sah die Beendigung der Demilitarisierung Deutschlands, die Überprüfung der Reparationen, die Bildung eines Viermächte-Kontrollapparates für die deutsche Industrie auf eine bestimmte Zeit und die Zusicherung gegenseitiger Garantien gegen eine neue deutsche Aggression vor. Es verlangte außerdem die Errichtung einer zentralen deutschen Regierung, die aus den Vertretern der "demokratischen Parteien und Organisationen Deutschlands" gebildet werden sollte und den Abschluß eines Friedensvertrages mit dieser Zentralregierung, sowie die Zurückziehung aller Besatzungstruppen. Dieses Programm, so meint die "New York Times", sei sicherlich auch für die deutschen Westpolitiker sehr verlockend. Aber die USA werden bei der nächsten Außenminister-Konferenz keine Vereinbarung treffen, nur um zu einem Übereinkommen zu gelangen. Sie werden keine Konzessionen machen, weil die Situation in der russischen Besatzungszone sich verschlechtert und sie sich nicht geneigt, ein Abkommen zu unterzeichnen, das ausschließlich von der russischen Überzeugung abhängt, daß es einen Erfolg für sie bedeutet. Wenn ein Übereinkommen über die Zukunft Deutschlands erzielt werden sollte, so müsse es sich diesmal nicht mehr um ein nur auf dem Papier stehendes Abkommen handeln, das den Russen die Möglichkeit bietet, ihr Veto dagegen zu erheben oder es nach Wunsch zu ignorieren. (b/B.65/65/2/ha)